**Ergebnisse zum Themenbereich Frieden**

Ulrike Last von [Handicap International](http://www.handicap-international.de/) untersuchte mit ihren Gästen das Ziel 16 friedliche und inklusive Gesellschaften und Rechenschaftspflichten. Nachdem Frieden in den MDGs keine Berücksichtigung fand, gilt Frieden innerhalb Staaten und Gesellschaften sowie zwischen Staaten nun auch in den SDGs als Voraussetzung für nachhaltige Entwicklung.

Für Menschen mit Beeinträchtigung/Behinderung in Deutschland und in Ländern des Globalen Südens sind dabei besonders ein verbesserter Zugang zu Informationen (z.B. in Zeitungen) und Justiz, eine gleiche Teilhabe an Entscheidungsprozessen und der Umsetzung von Gesetzen sowie die Reduzierung aller Formen von Gewalt von großer Bedeutung. Viele Menschen mit Beeinträchtigung/Behinderung haben oft nur einen schweren Zugang zu Wahlsystemen-und Gesetzen und werden oft bei Entwurfsprozessen und der Umsetzung nicht gleichberechtigt einbezogen. Dies hat eine eingeschränkte Wahlbeteiligung von Menschen mit Beeinträchtigung/Behinderung zur Folge. Besonders die Teilhabe an der Gesetzgebung von psychisch Kranken wird oft und besonders in Ländern des Globalen Südens nicht gewährleistet. Menschen mit Beeinträchtigung im Globalen Süden werden außerdem bei der Geburt häufig(er) nicht registriert, was zu massiven Teilhabebarrieren führt.

Darüber hinaus wurde die Gewalt gegenüber Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen in Einrichtungen, Psychischen Kliniken und den Gesetzen thematisiert. Behinderungsbedingte Gewalt wird unzureichend erfasst und bekämpft. Frauengewaltprogramme sind unzureichend inklusiv gestaltet und es werden inklusive zugängliche Schutzmechanismen wie z.B. Frauenhäuser benötigt. Gehörlose Frauen sind besonders stark von sexueller und allgemeiner Gewalt betroffen.

Des Weiteren muss der Zugang zu barrierefreier Gerichtsbarkeit und Beschwerdemechanismen besonders in Ländern des Globalen Südens und in der Entwicklungszusammenarbeit sowie in der humanitären Hilfe verbessert werden.

Besonders großer Handlungsbedarf wird außerdem in Bezug auf geflüchtete Menschen gesehen.